

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Postulat von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: Meldungen von schweren Straftaten: Welche Praxis besteht in unserem Kanton?**

**Autor/in:** [Jürg Wiedemann](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 15. Oktober 2009

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Während einer mehrtätigen Schulreise in Deutschland verprügeln Schüler aus einer Schweizer Schule unbeteiligte Passanten. Ein wehrloser Mann im Rollstuhl wird dabei sehr schwer verletzt. Die betroffenen Jugendlichen, die sich nun vor Gericht zu verantworten haben, sind gemäss Presseberichten teilweise bereits in der Schweiz durch aktenkundige Gewaltexzesse aufgefallen.

Offensichtlich hatten weder die Schulleitung noch die Lehrkräfte dieser Jugendlichen Kenntnis über deren Vorstrafen und Gewaltbereitschaft. So kam es, dass diese Schulreise ohne sozialpädagogische Betreuung und weitergehende Aufsicht durchgeführt wurde. Unterstützende Massnahmen der Lehrkräfte können dazu beitragen, Gewaltausbrüche im Schulalltag und in Lagern zu verhindern; dies jedoch nur dann, wenn die notwendigen Informationen vorliegen.

Ich bitte den Regierungsrat um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es im Kanton Baselland gesetzliche Regelungen, Verordnungen oder interne Regelungen, die beschreiben, welche Informationen wann und unter welchen Voraussetzungen die Schulleitungen, resp. die Lehrkräfte erhalten?
2. Welche Praxis besteht in unserem Kanton?

Sollten keine klaren und einheitlichen Regelungen in unserem Kanton existieren, so bitte ich den Regierungsrat entsprechende Richtlinien auszuarbeiten und dem Landrat zu berichten.